



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

VIII/117

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

21. Mai 1953

Hinweise
auf den Inhalt:

Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

| | |
|---|------|
| Nachwirkungen der Churchill-Rede | S. 1 |
| Frankreich und die EVG | S. 3 |
| Bundesentschädigungs-Gesetz auf die lange Bank geschoben | S. 5 |

Schrittmacher Winston Churchill

P.R. Mit kräftigen, wenn auch sorgsam bedachten Schritten hat der grand old man der britischen Politik, Winston Churchill, in der kurzen Zeit seit seiner "Locarno"-Rede für das Ansehen seines Landes mächtig aufgeholt. Er hat mit entschlossenem Griff das Heft in die Hand genommen und geradezu einen Einbruch in das erstarrte Denken weitester Kreise des Westens erzielt. Der Wirbel hält noch an, Gerüchte und Dementis überwuchern vielfach die Tatsache und schaffen gelegentlich Verwirrung. Aber in der Grundkonzeption ist man durch die Initiative Churchills zweifellos zu sehr viel größerer Klarheit vorgestoßen.

In den USA ist die letzte Phase der internationalen Entwicklung, die so stark unter britischem Vorzeichen steht, mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden, obwohl nach Anspielungen, z.B. der "New York Times", das Weiße Haus über den wesentlichen Inhalt der Churchill-Rede vorher unterrichtet gewesen sein soll. Nur ist es leider nicht so, daß Eisenhower heute in seinem Lande über die gleiche politische Bewegungsfreiheit verfügt, wie Churchill bei sich zu Hause, der in allen wesentlichen Punkten von Attlee unterstützt worden ist. Die heftige Kritik, der Attlee in der amerikanischen Öffentlichkeit ausgesetzt war, richtete sich unausgesprochen zu einem guten Teil vor allem auch gegen Churchill.

Eisenhower aber wird heute besonders stark durch eine Gruppe radikaler Republikaner, vor allem des McCarthy-Schlages, unter

Druck gesetzt, aus dem sich wohl auch der skeptische Tenor seiner letzten Rede über die amerikanischen Rundfunkstationen erklärt. Wahrscheinlich sind diese Äußerungen vor allem für den amerikanischen Hausgebrauch bestimmt gewesen. Es ist aber bezeichnend, daß sich in amerikanischen Kreisen die Ansicht erhält, im Grunde wachse das Verständnis in Washington für die Absicht Churchills, möglichst bald zu einem Ost-West-Gespräch zu kommen - unbeschadet gewisser Einzelheiten dieses Vorschlages, etwa über den Kreis der zu Beteiligten und anderer Modalitäten.

Hinzu kommt, daß das internationale Echo Churchills fast allgemein sehr positiv ist. Die anfängliche französische Verärgerung darüber, daß Churchill zunächst von einer Dreier-Konferenz sprach, hat nachgelassen, weil man in Paris glaubt, daß es sich dabei nicht um eine endgültige Formel handelt. Vor allem aber findet der britische Premier im Commonwealth wirksame Unterstützung, so in Kanada und in Indien, dessen Position in dieser ganzen Auseinandersetzung besonders wichtig ist. Nehru hat bereits ein Friedensprogramm angekündigt, das wohl, wie eine deutsche Zeitung schrieb, als eine Art asiatischer Ergänzungsaktion zum europäischen Locarno-Vorschlag Churchills gedacht ist und der indische Regierungschef wird sicher Gelegenheit nehmen, auch darüber mit seinem amerikanischen Gast, dem Außenminister Foster Dulles, zu sprechen, der sich zur Zeit in Neu Delhi aufhält.

Besonders bemerkenswert ist die recht verspätete positive Würdigung des Churchillschen Grundgedankens durch den außenpolitischen Sachverständigen der stärksten deutschen Regierungspartei, Herrn von Brentano. Dieser hat sich zu der neuen Situation in Wendungen geäußert, die ebenso begrüßenswert wie, angesichts der früheren Haltung dieser Kreise, erstaunlich sind. Es ist da von der Notwendigkeit einer "positiven" Politik des Westens gegenüber dem Osten die Rede, von Aktivität und Initiative in dieser Richtung und sogar davon, daß der Erfolg einer Konferenz nicht von einer vorangegangenen Verständigung über die Tagesordnung abhängt. Auch der Bundeskanzler stimmt mit dieser Auffassung überein.

Das ist ein großer Fortschritt in der Beurteilung der Zusammenhänge und Erfordernisse, von dem man nur wünschen kann, daß er anhalten möge. Man darf wohl in aller Bescheidenheit daran erinnern, daß diese Auffassung in Kreisen der Opposition schon seit langem immer wieder mit großem Nachdruck und Ernst vertreten worden ist.

"Dieser EVG-Plan ist katastrophal"

Die Stellungnahme eines französischen Rechtswissenschaftlers

In einem Interview mit einem Korrespondenten von "Le Peuple" vom 20.5. nimmt Bernard Lavergne, der bekannte französische Rechtswissenschaftler und Herausgeber der Zeitschrift "L'année politique et économique", dessen Ansichten in politischen Kreisen Frankreichs sehr starke Beachtung finden, zur Frage Kleineuropa oder atlantische Gemeinschaft Stellung.

"Seit vielen Jahren verteidige ich die Ansicht, daß die wahre Neugruppierung, welche die westeuropäischen Völker einschließlich Großbritannien anstreben sollten, nicht das Kleineuropa ist, das man uns vorschlägt, sondern eine Vereinigung mit den USA und Kanada... Der Vorteil dieser Idee liegt vor allem darin, daß auch Großbritannien und die skandinavischen Länder ihr zustimmen könnten, während sie mit dem jetzigen EVG-Projekt nicht einverstanden sind. Innerhalb einer so großen Gemeinschaft, deren Mitglieder die gleichen Auffassungen über die Demokratie vertreten, kann unsere Individualität intakt bleiben".

Lavergne erklärt sodann, daß diese Idee einer atlantischen Gemeinschaft sowohl in den USA als auch in Kanada sehr viel Befürworter gefunden habe, darunter 27 amerikanische Senatoren und die 81 Mitglieder des kanadischen Senats. Auf die Frage, ob er nicht auch glaube, daß die europäischen Nationen eine vermittelnde Rolle zu spielen hätten, die sie in einer atlantischen Gemeinschaft nicht mehr ausüben könnten, antwortete er: "Im Gegenteil, man würde den europäischen Völkern weit stärker Gehör schenken, wenn sie, statt getrennt mit den USA zu verhandeln, und zudem noch als wirtschaftlich von ihnen abhängige Nationen, sich innerhalb der gleichen Gruppierung mit den USA auseinandersetzen könnten".

"Die sozialen Auffassungen sind auch sehr verschieden", wandte der Korrespondent von "Le Peuple" ein.

"Sie können sich ändern. Jedenfalls lege ich Ihnen hier keinen Plan, sondern eine Idee vor, die zumindest den Vorteil bietet, daß sie anstelle der jetzt geplanten kleinen europäischen Gemeinschaft treten kann, deren Anhänger behaupten, dies sei die einzige Lösung. Dieser EVG-Plan ist wahrhaft katastrophal. Ein Kommissariat, das die Ausläufer der verschiedenen nationalen Ministerien zusammenschließt, könnte nur von sehr geringer Leistungsfähigkeit sein. Man muß sich einmal vergegenwärtigen, welche Schwierigkeiten man in SEAPE schon hatte, die Ansichten der Offiziere verschiedener Nationalität in Übereinstimmung zu bringen".

Ein katholisches Imperium ?

"Man kann sagen, was man will, aber die Möglichkeit, daß die Deutschen ausbrechen, ist tatsächlich vorhanden ... Wir sind beunruhigt darüber in Frankreich, daß jene alte von Schlegel vertretene

Idee der Schaffung eines katholischen Imperiums mit Übergewicht der Deutschen wieder auftaucht. Diese Theorien haben Adenauer und Schuman sicherlich in den süddeutschen Universitäten studiert. Beachten Sie bitte, daß das Heilige Römische Reich Deutscher Nation bereits eine supranationale Autorität darstellte, und dennoch gelang es nicht, die Franzosen darin zu assimilieren".

"Der Unabhängigkeit des Denkens, die man in Frankreich sehr hoch schätzt, wären in solch einem "Kleineuropäischen" Komplex Fesseln angelegt. Widerstand hingegen ist auch in katholischen Kreisen vorhanden. Der Gallicismus ist noch lange nicht tot".

Adenauer würde seine Macht verlieren...

"Darüber hinaus sind sich alle Franzosen darin einig, daß die Gefahr besteht, Deutschland würde sich dieser Armee bedienen, um wegen der Oder-Neiße-Linie einen Konflikt heraufzubeschwören. Die Deutschen haben sicherlich recht, wenn sie diese Grenze nicht anerkennen wollen, aber wir werden uns wegen territorialer Forderungen niemals in einen Krieg hineinschleppen lassen. Vor allem, weil es auch andere Mittel gibt, diesen Konflikt zu lösen. Aber Herr Adenauer will keine andere Lösung, denn wenn die beiden Teile Deutschlands sich wiedervereinigen würden, verliere er seine Macht".

"Wie steht das französische Parlament zum EVG-Vertrag?" lautete die nächste Frage.

Geringe Chancen für EVG-Vertrag

"Im Augenblick bestehen nur geringe Aussichten, daß er im Parlament durchkommt. Ich möchte gleich hinzufügen, daß sogar, wenn er angenommen würde, er noch durch die Verfassungskommission außer Kraft gesetzt werden könnte. Dieses Gremium muß nämlich nach der Abstimmung ein Urteil darüber fällen, ob der Text des Vertrages mit der Verfassung vereinbar ist, und Präsident Auriol wird sehr wahrscheinlich die Ansicht dieses Gremiums respektieren. In der Sozialistischen Partei ist die Gegnerschaft zum Vertrag beträchtlich stark. Das gleiche trifft für Herriot zu, der an der Spitze der Radikalsozialisten steht. Das gleiche gilt für die Unabhängigen, und natürlich auch für Gaullisten und Kommunisten".

"Aber wird der Zerfall der Gaullisten nicht dazu führen, daß sich ihre Abgeordneten überallhin verteilen?"

"Wohin auch immer sie gehen mögen, sie werden überall Abgeordnete finden, die ihre Ansichten zur Europaarmee teilen, die also auch dagegen sind. Eines müssen Sie sich immer sagen: Es wird unmöglich sein, die Franzosen aus ihrem Heim herauszulocken, außer um es zu verteidigen. Worauf soll das alles also hinauslaufen? Den französisch-deutschen Antagonismus zu beseitigen? Wenn zwei Menschen sich nicht lieben, kann man sie nicht dadurch miteinander versöhnen, daß man sie verheiratet".

+ + +

Gebrochenes Versprechen

(sp) Zu der Vielzahl von Gesetzen, die von diesem Bundestag vor dem Ende seiner Legislaturperiode nicht mehr verabschiedet werden, gehört neben dem Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auch das Gesetz über die innere Wiedergutmachung an den politisch, religiös und rassistisch Verfolgten des Dritten Reiches. Entsprechende Gesetzentwürfe des Bundesrates und der SPD-Fraktion liegen schon seit langem vor, aber das Bundeskabinett zeigte in der Vergangenheit keine Eile, diese Entwürfe vom Bundestag verabschieden zu lassen. Unter Berufung auf Mangel an Zeit wird nun die endgültige innere Wiedergutmachung an den neuen Bundestag verwiesen - ein Vorgang, der in krassem Widerspruch zu den von der Bundesregierung beim Abschluß des Abkommens mit Israel eingegangenen Verpflichtungen steht.

In Den Haag hatte sich die Bundesregierung verpflichtet, die gegenwärtige Entschädigungs-Gesetzgebung durch ein Bundesergänzungs- und Rahmengesetz dahingehend zu erweitern und abzuändern, daß die Rechtslage der Verfolgten des Hitler-Regimes im gesamten Bundesgebiet nicht weniger günstig gestaltet wird, als sie gegenwärtig in der amerikanischen Zone nach dem dort geltenden Entschädigungs-Gesetz ist. Die Bundesregierung, hieß es in dem Abkommen, sei bestrebt, das gesamte Entschädigungs-Programm so schnell wie möglich durchzuführen und sie werde dafür sorgen, daß die erforderlichen Mittel vom Haushaltsjahr 1953/54 an zur Verfügung gestellt werden. Davon ist heute keine Rede mehr. Die Vortagung des Bundesentschädigungs-Gesetzes kommt einem Wortbruch gleich, dessen üble Folgen nicht ausbleiben können.

Vor und nach dem Abschluß des Abkommens mit Israel gab es in der deutschen und Welt-Öffentlichkeit Stimmen, die behaupteten, die Ratifizierung sei nur deshalb erfolgt, um der Bundesregierung im Ausland einen besseren politischen und moralischen Kredit zu verschaffen. Der Kanzler versicherte denn auch während seines Aufenthaltes in den USA in einer Ansprache vor dem Nationalen Presseklub, daß das gesamte deutsche Volk die moralische Verpflichtung zur Wiedergutmachung an den individuellen Opfern des nationalsozialistischen Regimes "äußerst ernst nehme". Sein Kabinett, dem er als Bundeskanzler vorsteht, und gewisse Teile der Regierungskoalition scheinen von diesem Ernst nicht erfüllt zu sein, denn anders ist die Verschiebung des Gesetzes über die innere Wiedergutmachung kaum zu erklären.

Verantwortlich: Peter Raunau